

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Redakteur
Herrn Dr. 22.
Königsplatz Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen befähigter Blatteigentümer bestimmt.

Verlagsort
Dresden 1589.
Königsplatz
Riesa Nr. 22.

Nr. 144.

Montag, 24. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Porto. Für die Nummer des Abgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Bänden wird nicht übernommen. Grundpreis für den Abnehmer 1 Mark 50 Pfennig; für den Einzelkäufer 1 Mark 75 Pfennig; für den Einzelkäufer 1 Mark 75 Pfennig; für den Einzelkäufer 1 Mark 75 Pfennig. ...

Gesamtliquidation.

Der Reichsaussenminister ist durch plötzliche Erkrankung verhindert, heute schon dem Beginn der außenpolitischen Diskussion im Reichstag beizuwohnen. Das nimmt natürlich der Aussprache einen wesentlichen Reiz. Insbesondere werden die Sprecher der Opposition nur noch die halbe Freude an ihren Äußerungen haben, wenn das eigentliche persönliche Objekt ihrer Feindschaft außerhalb Sicht- und Hörweite ist. Sachlich wird aber durch Stresemanns Fernbleiben am Verlauf der Dinge nichts mehr geändert werden. Die letzten Entscheidungen, vor denen das heutige Deutschland steht, sind bereits in Paris gefallen. Man kann noch seiner Zufriedenheit oder Unzufriedenheit damit Ausdruck geben, aber ein völliges Herumwerfen des Scheiters würde den politischen Umsturz nicht nur für die deutsche Innenpolitik, sondern für die gesamte europäische Politik bedeuten. Ob die Opposition selbst die Verantwortung für einen solchen Umsturz auf sich nehmen wollte, wenn sie die Möglichkeit dazu hätte? Wahrscheinlich sind auch ihre Führer sich über die gegenwärtige Zwangslage völlig klar; man möchte sonst an ihrer politischen Urteilskraft zweifeln. Aber als Angehörige der Opposition ist es natürlich, aus ihrer Oppositionshaltung allen Honus zu fassen, der im Zusammenhange mit den neuesten Reparationsverabredungen zu haben ist. Frühere Gelegenheiten waren ohne Zweifel ergebnislos, denn daß der Young-Plan gegenüber unseren bisherigen Verpflichtungen eine Erleichterung bedeutet, kann auch ein Kind schon einsehen. Hat man sich aber einmal gegen die sogenannte Erfüllungspolitik eingestellt, und will man sich in dieser Beziehung konsequent bleiben, so muß man den Young-Plan natürlich mit den gleichen Argumenten bekämpfen, wie man sie bei der Friedensunterzeichnung oder dem Dawes-Plan. Auch diese Haltung der Opposition ist nicht ohne gewisse Nachteile, überaus nicht, wenn man die Dinge zunächst weiter nicht. Ob sich mit der Parole gegen den Young-Plan wirklich nennenswerte parteipolitische Geschäfte machen lassen, kann natürlich erst die Zukunft lehren; also vielleicht das angeführte Volksbegehren oder die nächsten Reichstagswahlen. Bis dahin wird der Young-Plan die Grundlage der deutschen Außenpolitik bleiben müssen, und in diesem Sinne wird die Reichstagsdiskussion ausfallen, ganz einzeln, welche besonderen Episoden die Redezeit im einzelnen zeitigen wird.

Damit ist aber natürlich keineswegs gesagt, daß sich die Regierung jetzt auf diesem Young-Plan zur Ruhe legen dürfe. Auch er ist nur eine Etappe in einer bestimmten Entwicklung. Es ist nicht so, wie die Opposition es darzustellen beliebt, als bestände die sogenannte Erfüllungspolitik, sachlicher als Verhandlungspolitik zu bezeichnen, im Nichtstun und „Ja-Jagen“ zu allen fremden Zumutungen. Gerade diese Verhandlungspolitik, die uns von Versailles bis in den Rat des Völkerbundes geführt hat, die Deutschland wieder zu einem beachteten Faktor der internationalen Politik gemacht hat, die unser Wirtschaftsleben auf einen zwar beschränkten, aber doch immerhin wieder gesicherten Boden neu erstehen ließ: sie ist eine starke Aktivität, eine dauernde gespannte Aufmerksamkeit und klare Richtlinien für die Zukunft voraus. Immer muß, sobald eine Station auf diesem Wege wieder erreicht ist, schon die nächstfolgende Station wieder ins Auge gefaßt werden. Sie heißt jetzt: Gesamtliquidation. Sind die finanziellen Grundlagen festgelegt, auf denen sich die internationalen Kalkulationen der nächsten Zeit aufbauen können, so gilt es nun auch, die übrigen Grundlagen zu bestimmen. Europa muß jetzt wissen, wie lange noch die militärische Besetzung am Rhein dauern soll, es muß wissen, was aus dem Saargebiet werden soll, es muß wissen, ob an der deutsch-französischen Grenze nun endlich wieder reguläre Friedensverhältnisse eintreten, oder fortwährende militärische Besetzungen durch die Arbeit einer sogenannten Kontrollkommission fortbestehen sollen. Wieder ist mit dem Young-Plan ein nicht unbedeutendes Stück der Kriegspolizei abgebaut worden. Nun gilt es den Abbau des Restes. Wie lange soll er dauern? Soll er im ganzen oder stückweise erfolgen? Wird Frankreich durch rasches, vertrauensvolles Mitgehen die Entspannung der Atmosphäre erleichtern? Oder wird es, wie bisher, durch Säubern, Misstrauen und Zweideutigkeit dafür sorgen, daß die militärischen Ostfälle immer von neuem aus übriggebliebenen Kriegselementen aufsteigen? Die deutsche Regierung hat ohne Zweifel jetzt den größeren Teil der Ausschauungen auf ihrer Seite, wenn sie die Parole: Gesamtliquidation des Krieges ausgibt. Ein moralischer Gewinn, den wir als Gegengewicht in die Rechnung einbringen dürfen, die auf der anderen Seite, wie niemand verkennen, nach Annahme des Young-Planes so schwere Belastungen gebracht hat. Je energischer sich der Teil des deutschen Volkes, der nicht auf dem Wege der nationalen Opposition das Heil sucht, hinter das Regierungsprogramm der Gesamtliquidation stellt, umso besser für den Fortgang der Verhandlungspolitik, für die Hoffnung auf eine endgültige Befriedung Europas.

4,5 Milliarden Kriegslasten im Jahre 1929.

Reichsfinanzminister Dr. Gilsberding im Reichstag über den Kriegslastenhaushalt.

Abd. Berlin, am 22. Juni, 12 Uhr.
Ohne Aussprache wird zunächst ein kommunistischer Antrag auf weitere Ausdehnung der Krisenfürsorge dem Sozialausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann die gemeinsame Beratung des Kriegslasten-Etats und der Etats des

Auswärtigen Amtes und der besetzten Gebiete.

Präsident Lohde teilt mit, daß Reichsaussenminister Dr. Stresemann zu seinem Bedauern durch Krankheit verhindert sei, an der Sitzung teilzunehmen. Nach Mitteilung seines Arztes leide er an einem Krampfschub der Beine, der es ihm nicht möglich mache, das Haus zu verlassen. Er hoffe aber, daß die durch Arterienverstopfung herbeigeführte Krankheit bis Montag soweit behoben ist, daß Dr. Stresemann dann erscheinen und seine Ausführungen machen kann. Unter diesen Umständen wird die Sitzung am Montag schon um 10 Uhr beginnen.

Ein Antrag Dr. Fried (Nat.-Soz.), die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes heute abzulehnen, wird abgelehnt.

Abg. Dr. Goehls (Dnal.) erstattet den Ausschussbericht über den Etat des Auswärtigen Amtes. Der Bericht betont, daß Erweiterungen des Auswärtigen Dienstes erst möglich sein würden nach Ueberwindung der jetzigen Gesamtfinanzlage. Alle Parteien seien einig darin, daß der Auswärtige Dienst nicht der Autokratie verfallen dürfe. Die Bezüge der Beamten im Ausland seien eingehend geprüft worden. Im ganzen sei eine Ersparung von 1 1/2 Millionen durchgeführt worden.

Für den Haushalt des Ministeriums der besetzten Gebiete erstattet Abg. Dr. Köhler (Ztr.) den Ausschussbericht. Der Ausschuss erlöst in einer Entscheidung um ein Gutachten des Reichsfinanzkommissars darüber, ob und wo weitere Ersparnisse in allen Etats bei den sachlichen Ausgaben möglich sind.

Reichsfinanzminister Dr. Gilsberding

führt dann u. a. aus: Der Kriegslastenhaushalt, der auch die Reparationszahlungen umfasst, soweit sie aus dem Etat zu leisten sind, enthält trotzdem keineswegs alle erfahrbaren Ausgaben, die als unmittelbare Folgen des verlorenen Krieges die deutsche Wirtschaft belasten. Man muß vielmehr zum Kriegslastenhaushalt noch alle sonstigen Leistungen des Reichs, einschließl. der Reichsbahn und Reichspost hinzunehmen, die in weitem Sinne unmittelbare Kriegslasten darstellen. Hierzu gehören a. B. auch die Aufwendungen, die Deutschland für seine Kriegsschadigten und die sonstigen Kriegsschaden aufzubringen hat. Nimmt man all dies zusammen, so ergibt sich, daß die deutsche Volkswirtschaft für das Rechnungsjahr 1929 nicht weniger als 4 1/2 Milliarden an Kriegslasten zu tragen hat. Davon entfallen 2 1/2 Milliarden auf die äußeren Kriegslasten, die sogenannten Reparationen, 1750 Millionen auf die inneren Kriegslasten und über 800 Millionen, abgesehen von den Pensionslasten, auf die sogenannten politischen Lasten der Deutschen Reichsbahn, wie Befahrungsauslagen und vermehrte Pensionszahlungen.

Den Reichshaushalt treffen davon unmittelbar rund 2,5 Milliarden. Da sich der Gesamt-Zuschußbedarf des Reichs, d. h. der Bedarf, der unmittelbar für das Reich nötig ist, nach Abzug der Summen die an die Länder gehen, auf 5,8 Milliarden beläuft, bedeuten die Kriegslasten 55 Prozent, also mehr als die Hälfte des ganzen Zuschußbedarfs. Nicht berücksichtigt sind hierbei alle mittelbaren Kriegslasten, insbesondere die gesteigerten Ausgaben für soziale Zwecke.

Von den inneren Kriegslasten in Höhe von 1750 Millionen entfällt der weitaus größte Teil mit 1375 Millionen auf die Versorgung der Kriegsschadigten, Kriegsinvaliden usw. Auf die im Kriegslastenhaushalt enthaltenen inneren Kriegslasten im engeren Sinne kommen 250 Millionen; hier sind vor allem Aufwendungen zur Abheilung wirtschaftlicher Notstände in Ostpreußen, Zahlungen an Rumänien aufgrund des Abkommens vom 10. November 1929 und die Beihilfen des Reichs zu den Volkshilfen der Gemeinden im besetzten Gebiet neu hinzugekommen. Von den äußeren Kriegslasten, den Reparationszahlungen im Gesamtbetrage von 2 1/2 Milliarden, trägt der Haushalt des Reichs 1540 Millionen. Die Haushaltsüberschuldung hat sich infolge des Eintritts in das fünfte Reparationsjahr, das sogenannte Normaljahr des Dawesplans, gegenüber dem Vorjahre um 325 Millionen erhöht. Diese Last hat die Schwierigkeiten herbeigeführt, die sich in dem laufenden Jahr mit besonderer Stärke gezeigt haben. Diese Last zu senken, bildet neben der völligen Wiederherstellung der deutschen Souveränität die Hauptaufgabe unserer Reparationspolitik. Die Reparationspolitik steht jetzt vor der Lösung der Probleme, die sich aus den Pariser Verhandlungen und dem Gutachten der Sachverständigen ergeben. Die geschichtlichen Vorgänge, die zu dem Sachverständigenplan vom 7. Juni 1929 geführt haben, sind Ihnen bekannt. Ich darf mich auf meine Darlegungen im Auswärtigen Ausschuss beziehen.

Es ist mir Bedürfnis, auch von dieser Stelle aus nochmals im Namen der Reichsregierung den deutschen Sachverständigen aufrichtig zu danken.

Der Wortlaut des Berichts liegt Ihnen im authentischen deutschen Text vor. Von der Reichsregierung kann der Plan im gegenwärtigen Augenblick nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, ob er geeignet erscheint, die Grundlage für die notwendigen kommenden politischen Verhandlungen abzugeben. Die Reichsregierung hat diese Frage beachtet und ist nach dem Ihnen bekannten, einstimmig gefassten Beschlusse bereit, den von den Sachverständigen unterzeichneten Plan als Grundlage für die Konferenz der Regierungen anzunehmen; im notwendigen Zusammenhänge hiermit ist gleichzeitig die Gesamtliquidation der noch schwebenden Fragen aus dem Weltkriege herbeizuführen.

Ueber die Einzelheiten des Planes in diesem Augenblick zu sprechen, verbietet die Tatsache, daß wir vor der politischen Konferenz stehen. Erst deren Gesamtergebnis bietet die Unterlagen, die unerlässlich sind für die Entscheidung, die dann endgültig von der Reichsregierung und den beteiligten Körperschaften zu treffen ist. Eine vorzeitige Erörterung birgt die Gefahr in sich, daß über den Beschluß des Kabinetts hinaus Besprechungen erfolgen könnten, die unsere politische Bewegungsfreiheit auf der bevorstehenden Konferenz beeinträchtigen. Was wir verlangen müssen, ist politische Handlungsfreiheit, sollen wir anders die große Verantwortung vor dem deutschen Volk für die letzten Entscheidungen tragen können. Deshalb erscheint der Reichsregierung zurzeit noch Zurückhaltung in der Würdigung des Gutachtens der Sachverständigen geboten. Die Regierung wird diese Zurückhaltung selbst üben und erbittet sie auch von den Parteien dieses Hauses.

Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth

begrüßt die Einigkeit der Parteien in der Forderung einer schnellen Räumung der besetzten Gebiete und der Rückgabe des Saargebietes. Die Mitteilung des „Lokalanzeiger“ von Kompetenzstreitigkeiten zwischen mir und dem Reichsaussenminister sind aus den Fingern gezogen und offenbar nur auf Brunnenerregung berechnet (höri! höri!). Zu Kompetenzstreitigkeiten ist nicht der mindeste Anlaß vorhanden. Mit den Streichungen im Etat müssen wir uns abfinden, wenn wir sie auch bedauern. Nachträgliche Klageleider führen uns nicht weiter. Es ist nicht einmal so leicht, die für den Straßenausbau im Grenzgebiet verfügbaren Mittel auszugeben, denn von uns aus wird gedrängt, aber von den 25 in Mitleidenschaft gezogenen Gemeinden wird gebremst. Bei den Vorbereitungen für ein Grenzlandprogramm stehen wir in enger Fühlung mit den leitenden Persönlichkeiten der beteiligten Länder. Wir werden nicht ruhen und rasten, um dieses Programm zu fördern. Wir verfolgen mit Sorge die Notlage der einzelnen Städte; aber wir müssen zu einem systematischen Programm auf mehrere Jahre kommen, wenn wir die Hilfsmittel nicht zwecklos verzetten wollen. Wir können ein solches Programm nur aufstellen in lebendiger Zusammenarbeit mit den übrigen Stellen des Reichs und der Länder. Nachdem das Reichskabinett seine Zustimmung zur Aufstellung eines solchen Programms gegeben hat, wird nunmehr in Verbindung mit den Reichs- und Länderregierungen das Programm in Angriff genommen werden. Im Vordergrund aller Hilfsmittelmaßnahmen werden die Bestrebungen auf Verbesserung des Verkehrs insbesondere im Aachener Steinkohlengebiet und in den engeren Grenzgebieten stehen. Der Verkehr auf dem linken Rheinufer soll durch Erweiterung bzw. Neubau von Rheinbrücken einige Erleichterung erfahren. Die lange geplante Eisenbahn in der West-Eifel und im nördlichen Saar-grenzgebiet sollen gefördert werden. Der Minister für die besetzten Gebiete wird ganz von selbst zum wirtschaftspolitischen Minister für diese Gebiete. Er wird mit allem Eifer in der Richtung des erwähnten Programms arbeiten, muß aber vor übertriebenen Erwartungen warnen. Wir müssen heraus aus der Methode, hier oder da aus politischen Gründen etwas zu geben; wir müssen zu einem organischen Wiederaufbau im besetzten Gebiet kommen. (Beifall.)

Bei der Aussprache über die besetzten Gebiete bestand unter allen Parteien von rechts bis links volle Einmütigkeit in der Forderung der raschen bebingungslosen Räumung des besetzten Gebietes und der Rückgabe des Saargebietes an deutsche Mutterland.

Das Haus überwiegt noch einen kommunistischen Antrag zur Krisenfürsorge dem Sozialpolitischen Ausschuss, den deutsch-englischen Lieferungsvertrag für gewisse Randabgabengebiete dem Auswärtigen Ausschuss und einen Antrag Japf (Dp.) über den Rückkauf für inländisches Getreide dem Handelspolitischen Ausschuss. Eine Ergänzungsvorlage zum deutsch-französischen Handelsabkommen wurde in allen drei Refereenzen angenommen.